

Department des Innern  
Polizei Kanton Solothurn  
Rechtsdienst  
Ambassadorenhof  
Riedholzplatz 3  
4509 Solothurn  
[Sabine.riniker@kapo.so.ch](mailto:Sabine.riniker@kapo.so.ch)

Solothurn, 15. Januar 2023

## Vernehmlassung

### Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und Änderung des Gebührentarifs (GT)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Botschaft und der Entwurf des Regierungsrates wurden in den parteiinternen Gremien diskutiert. Die vorliegende Stellungnahme wurde vom kantonalen Parteivorstand auf elektronischem verabschiedet.

#### Allgemeines und Grundsätzliches

Die Art. 6, 14, 19 und 23 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit BWIS sowie die Verordnung über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus VPMT halten die Aufgaben der Kantone, resp. der kantonalen Behörden genau fest, der gesetzliche Spielraum dieser Gremien ist entsprechend genau definiert und eingegrenzt. Die FDP.Die Liberalen unterstützen grundsätzlich die angedachten Vollzugsbestimmungen, bringen jedoch punktuelle Anpassungswünsche an.

Es ist auch konsequent und begrüßenswert, dass im Rahmen der Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei auch die dienstrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes über die Kantonspolizei angepasst und der Gebührentarif ergänzt werden.

#### Detailerörterungen Beschlussentwurf 1

Die FDP.Die Liberalen interpretieren die Änderungen in **§ 12 Abs. 1 und § 13 Abs. 2 Gesetz über die Kantonspolizei weitgehend**. Die Verkürzung Rückzahlungsverpflichtung für PSA und ggf. Verzicht auf die Anstellungserfordernisse einer abgeschlossenen Polizeirekrutenschule bei Offizieren des oberen Kadern sowie auch als Gegenmassnahme zum sich abzeichnenden Personalmangel bei der Polizei. Während die Änderung in § 13 Abs. 2 begrüßt wird, sehen wir die Verkürzung der Rückzahlungsverpflichtung auf vier Jahre bei PSA diesbezüglich eher als kontraproduktiv an, insbesondere auch, weil gegenwärtig nur bereits ausgebildete PSA gesucht werden.

Die Regelung der zuständigen Behörden (**§ 31<sup>bis</sup> Abs. 4 Gesetz über die Kantonspolizei und § 16<sup>ter</sup> Abs. 1 Bst. f Gesetz über den Justizvollzug**) ist sachgerecht und verhindert den Aufbau, resp. Ausbau der Fachstellen KBM. Es ist folgerichtig, dem Amt für Justizvollzug AJUV als Ausnahme der grundsätzlichen Zuständigkeit der KAPO, die Kompetenzen zuzuweisen, in Einzelfällen von fedpol angeordnete elektronische Überwachung zu vollziehen.

#### **Detailerörterungen Beschlussentwurf 2**

Die in **§ 61 Abs. 1 Bst. e Gebührentarif** vorgesehene Gebühr für die Vernichtung von Daten im Betrag von CHF 200 bis CHF 1'000 erachtet die FDP.Die Liberalen als zu tief angesetzt. Wie unter Pkt. 4.3 in Botschaft und Entwurf des Regierungsrates erwähnt, kostet der «Spezial-Shredder» rund CHF 40'000. Dieses Gerät muss gemäss HRM2 innert 8 Jahren, d.h. mit 12.50 % oder zu CHF 5'000/p.a. abgeschrieben werden. Dazu kommen die personellen Aufwände bei der Vernichtung von Daten. Unter strikter Anwendung des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips erachtet die FDP.Die Liberalen einen Gebührenrahmen für die Vernichtung von Daten zwischen CHF 1'000 bis CHF 2'500 als adäquat.

Wir unterstützen die Gebühr von CHF 50 für die neu geregelte Kontrolle von Trendfahrzeugen in **§ 65 Abs. 2 Gebührentarif**.

Weiter begrünnen wir die Verpflichtung der Übernahme der vollen Kosten bei einer angeordneten Mobilfunklokalisierung (**§ 71 Abs. 2 Gebührentarif**).

#### **Weitergehende Bemerkungen**

Nicht geregelt ist u.E. die Möglichkeit der Kostenverrechnung bei interkantonalen Sachverhalten, welches wiederum gegen das Kostendeckungsprinzip verstösst. Dies fällt an wenn bspw. die KAPO Solothurn Überwachungsmaßnahmen gegen terroristische Gefährder führt, die nicht im Kanton Solothurn wohnen, sich jedoch in Tagungs- und Konferenzstätten des Kantons Solothurn treffen, übernimmt.

Weiter bedauern wir die Tatsache, dass im Zuge der Änderungen des Gebührentarifs nicht auch Gebühren für Kontrollen von Autoposing festgelegt wurden.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen in die Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vor der Behandlung dieses Geschäfts in den zuständigen Kommissionen aufzunehmen.

Freundliche Grüsse

Sig. Stefan Nünlist  
Parteipräsident  
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Sig. Franziska Hochstrasser  
Fraktionssekretärin  
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn